

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 10. HuFA 2009-2014 Sitzungsdatum: 17.03.2011 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 17.03.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.02.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.06.2010 aus öffentlicher Sitzung
7. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011
8. Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)
3. Benefizkonzert mit dem Heeresmusikkorps 300 (Koblenz)
4. Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 17.08.2010, "Frelenberg IV, Restabbau"
hier Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
5. Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 15.02.2011 betr. Benutzungsgebühren für die Stadtbücherei
6. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.06.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung
12. Erweiterungen zur Tagesordnung
13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

- 13.1** Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 (vertraulich)
- 13.2** Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 15.02.2011 betr. Benutzungsgebühren für die Stadtbücherei
hier: Antragstellerin

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appellrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Rainer Rißmayer
Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Wolfgang Bien	UWG	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Franz Bergstein
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmei	SPD	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtmann Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die zahlreichen Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Er wies darauf hin, dass der erste Teil der Sitzung zwar öffentlich sei, das Rederecht jedoch nur den Ausschussmitgliedern zustehe. Er bat daher die Zuschauer, ebenso von Wortmeldungen, wie von anderen Meinungsbekundungen abzusehen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, die große Anzahl der Zuschauer sei insbesondere wegen der Tagesordnungspunkte, die den Haushalt betreffen, hier. Er schlage daher vor, die Tagesordnungspunkte 7 „Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011“ und 8 „Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)“ vorzuziehen und nach TOP 2 zu behandeln. Er stellte jedoch klar, dass trotz des Vorschlages alle Zuschauer auch zur Teilnahme an allen übrigen öffentlichen Tagesordnungspunkten herzlich willkommen seien.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, Tagesordnungspunkt 6 „Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011“ ohne Beratung und ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen.

Weiterhin beantragte er, Tagesordnungspunkt 4 „Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 17.08.2010, „Frelenberg IV, Restabbau“ hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens“ heute von der Tagesordnung abzusetzen, da kommende Woche Mittwoch dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing zunächst vorberaten werden sollte.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, mit dem Vorschlag, den Tagesordnungspunkt 6 ohne Beratung und ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen, könne sich die CDU-Fraktion einverstanden erklären, ebenso mit der Umstellung der Tagesordnungspunkte, nicht jedoch mit dem Absetzen des Tagesordnungspunktes 4.

Beschluss:

1. Der Tagesordnungspunkt 4 „Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 17.08.2010, „Frelenberg IV, Restabbau“ hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.
2. Der Tagesordnungspunkt 6 „Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011“ wird ohne Beratung und ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.
3. Die Tagesordnungspunkte 7 „Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011“ und 8 „Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)“ werden vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 6 Ja-Stimmen
 9 Nein-Stimmen

zu 2 und 3: jeweils einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.02.2011**
-

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.02.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.06.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.06.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

7. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, bisher sei es üblich gewesen, dass in der Haupt- und Finanzausschusssitzung lediglich die Änderungsvorschläge zu dem vom Bürgermeister eingebrachten Haushaltsentwurf durch die Fraktionen vorgebracht werden. Über diese Änderungsvorschläge werde dann in der folgenden Ratssitzung beraten und Beschlüsse gefasst. Aufgrund der Tatsache, dass heute sehr viele Schüler unserer Schulen und deren Eltern als Zuhörer an dieser Sitzung teilnehmen, wolle er folgende Erklärung abgeben:

1. *Wir, die CDU-Fraktion, haben zu dem vom Bürgermeister eingebrachten Haushaltsentwurf keine Änderungsvorschläge.*
2. *Die vom BM vorgeschlagene **Rücknahme** der Kürzung der investiven Maßnahmen für die Schulen unserer Stadt in Höhe von 10 % für das Jahr 2011 und von 50 % für die Jahre 2012 -2014 wird durch die CDU-Fraktion einstimmig befürwortet.*
3. *Wir haben kein Verständnis dafür, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Weißborn, am Donnerstag vergangener Woche in der Presse erklärt, dass die SPD diesem Haushalt nicht zustimmen wird, obwohl dieser Haushalt bis zu diesem Zeitpunkt weder in der SPD-Fraktion, noch im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat beraten wurde.*
4. *Wir gehen davon aus, dass aufgrund dieser neuen Sachlage der von den Elternvertretungen geplante Protestmarsch am kommenden Donnerstag keine Grundlage mehr hat.*

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion stimme den Änderungsvorschlägen der Verwaltung zu dem eingebrachten Haushaltsentwurf zu. Nähere Ausführungen werde sie in der kommenden Ratssitzung geben.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er wolle 7 Änderungsanträge vorbringen. Diese Anträge seien gemeinsame Anträge der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

1. *Die Instandhaltungspauschale von 300.000 Euro jährlich für Renovierungsmaßnahmen an Schulen wird wieder eingesetzt. Damit sind nicht die, im Haushalt enthaltenen 550.000 Euro gemeint, die überwiegend für Brandschutz und energetische Maßnahmen vorgesehen sind. Hierbei geht es, wie in 2009 bereits einstimmig beschlossen, um Renovierungen, die in enger Absprache mit den Schulen durchzuführen sind. Diese Summe soll ausdrücklich nicht in Brandschutz und energetische Maßnahmen gehen.*
2. *Ersatzloses Streichen des Ansatzes für die Öffnung der Aachener Straße 200.000 €*
3. *Ersatzloses Streichen des Ansatzes für das Parkdeck in Übach 475.000 Euro*
4. *Kürzung des Ansatzes für die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder durch Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse auf ein dringend notwendiges Maß, Einspareffekt rd. 10.000 € / Jahr*
5. *Streichung der Ansätze für den Ausbau von Wirtschaftswegen. Neumerbern 88.000 €, Birgder Hof 49.700 €, Ausbau von Wirtschaftswegen allgemein je Jahr 20.000 € /ges. 80.000 €*
6. *Erneuter Ansatz für die Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle in Marienberg, Schulstraße in Höhe von 10.000 €*
7. *Stellenplan: Streichung der A 15-Stelle für den höheren Dienst, die keinen kw-Vermerk hat.*

8. Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)

Stadtamtmann **Beeck** erklärte, dass den Rats- und Ausschussmitgliedern bereits eine Dringlichkeitsliste zugestellt worden sei. Diese habe er jedoch heute noch einmal überarbeitet und die neue Version vor Sitzungsbeginn an die Ausschussmitglieder verteilt (die aktualisierte Dringlichkeitsliste ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Inhaltlich habe sich nichts Neues ergeben, außer dass die Schulbeträge wieder auf 100% angehoben worden seien. Außerdem habe er der Vollständigkeit halber auch alle Maßnahmen aufgenommen, für die in 2011 keine Auszahlungen geplant seien. Logischerweise seien diese mit einem Nullbetrag ausgewiesen.

Stadtamtmann **Beeck** erläuterte kurz die Dringlichkeitsliste und erklärte, diese sei auch mit der Kommunalaufsicht abgestimmt worden.

Die Reihenfolge innerhalb dieser Liste sei größtenteils vorgegeben; so sei zum Beispiel vorgeschrieben, dass die Pflichtaufgaben zuerst genannt werden müssen. Demnach sei für die Reihenfolge der Maßnahmen innerhalb der Liste auch nur ein geringer Entscheidungsspielraum gegeben.

Beschlussempfehlung:

Der vorgelegten Dringlichkeitsliste wird zugestimmt (die Liste ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Da ein Großteil der Zuschauer nach diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen wollte, setzte **Bürgermeister Jungnitsch** eine kurze Pause an.

3. Benefizkonzert mit dem Heeresmusikkorps 300 (Koblenz)

Stadtverordnete **Kuhlmey** erklärte, die SPD-Fraktion habe in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Kultur und internationale Begegnungen einstimmig der Beschlussempfehlung zugestimmt, da die Kosten vollständig gedeckt werden und zusätzlich Spenden eingenommen werden. Dies sei sehr positiv. Zudem seien die vergangenen Konzerte immer sehr gut und erfolgreich gewesen.

Stadtverordneter **Walther** ergänzte als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und internationale Begegnungen, dass der gesamte Ausschuss einstimmig für die vorliegende Beschlussempfehlung gestimmt habe.

Beschlussempfehlung:

Der Verpflichtung des Heeresmusikkorps 300 (Koblenz) im Rahmen eines Benefizkonzertes am Donnerstag, dem 20.10.2011 wird zugestimmt.

Im Vorgriff auf den Haushalt 2011 wird beschlossen, die entsprechenden Finanzmittel für diese Veranstaltung bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 17.08.2010, "Frelenberg IV, Restabbau"**
hier Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion habe zu Beginn der Sitzung die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung abgelehnt, da diese Angelegenheit in 2009/2010 in sämtlichen Gremien besprochen worden sei. Ebenso haben die Einwohner ihre Meinung kundgetan. Die heute vorliegende Sitzungsvorlage enthalte nichts Neues. Deswegen werde die CDU-Fraktion heute für die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, damals habe man lange für die Bürger in Frelenberg gekämpft. Aber die Einwohner haben damals entschieden nach dem Motto "lieber ein schreckliches Ende als ein Schrecken ohne Ende". Somit werde auch die UWG-Fraktion heute für die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** wies auf die Zuständigkeitsordnung hin. Demnach sei dieser Tagesordnungspunkt zunächst in dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing zu behandeln gewesen. Außerdem seien die Meinungen damals äußerst konträr gewesen. Vor allem habe es große Unterschiede zwischen den gefassten Beschlüssen und den Vorstellungen der Anwohner gegeben. Somit halte er eine Beratung des vorliegenden Tagesordnungspunktes für sehr wichtig, insbesondere auch wegen der Nähe zur Bebauung.

Weiterhin wolle er darauf hinweisen, dass es in der Sitzungsvorlage heiße "der Tagesordnungspunkt wurde in Abstimmung mit der bzw. dem Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses bzw. des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing zur beschleunigten Beschlussfassung unmittelbar dem Haupt- und Finanzausschuss zur Vorberatung und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt, [...]". Dies stimme jedoch nicht. Er habe sich als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden erklärt. Somit habe er auch zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes für den 23.03.2011 eine Sitzung seines Ausschusses angesetzt. Die Einladung sei zwischenzeitlich allen zugegangen. Aufgrund der vorgenannten Gründe werde sich die SPD-Fraktion heute auch nicht an der Abstimmung beteiligen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN halte eine Beratung dieses Tagesordnungspunktes für sehr wichtig, insbesondere wegen der Nähe zur Bebauung.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, dass doch aber damals bereits alles beraten worden sei, auch dieses Stück, von dem heute die Rede sei. Für die Bewohner ergebe sich hier nicht Neues, da bereits alles abgesprochen sei. Die Anwohner haben dies damals so entschieden.

Dezernent **Gatzen** erklärte, der Antrag der Fa. Davids sei erst am 01.02.2011 bei der Stadt eingegangen und am 03.02.2011 auf seinen Tisch gelangt. Zu diesem Zeitpunkt habe bereits festgestanden, dass sowohl die kommende Sitzung des Bau- und Umweltausschusses als auch die des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing ausfallen sollen. Da der Antrag jedoch eine Frist enthalte, habe man diesen Punkt direkt auf die Tagesordnungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates gesetzt. Für den Fall, dass die 2-Monats-Frist nicht eingehalten werden würde, würde dies als Zustimmung gewertet werden. Die Stadt habe sich durch die Verpachtung des Weges für die Abgrabung ausgesprochen. Das zusätzlich beantragte Dreieck sei im Gebietsentwicklungsplan als Abgrabungsfläche ausgewiesen und befinde sich hinter einem bereits angelegten Schutzwall. Von Seiten der Verwaltung gelte dieser Antrag als zustimmungsfähig, weil alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

Beschlussempfehlung:

Das gemeindliche Einvernehmen zum Abgrabungsantrag der Fa. Davids, „Frelenberg IV, Restabbau“ wird erteilt.

Die Stadt Übach-Palenberg bittet den Kreis Heinsberg als Genehmigungsbehörde ausdrücklich, darauf zu achten, dass die im Antrag aufgezeigten Emissionen (Lärm, Staub) zum Schutz der Bevölkerung ausreichend minimiert und nach Genehmigung die Einhaltung der erlaubten Emissionswerte regelmäßig kontrolliert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Die SPD-Fraktion und die Fraktion B90/DIE GRÜNEN haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

5. Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 15.02.2011 betr. Benutzungsgebühren für die Stadtbücherei

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, wie die Verwaltung die vorliegende Beschwerde bewerte. Es gebe zu diesem Tagesordnungspunkt keine Beschlussvorlage und auch keine Beschlussempfehlung.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, es handele sich hierbei um eine Beschwerde gemäß § 24 Gemeindeordnung. Die Erledigung von Anregungen und Beschwerden im Sinne des § 24 GO habe der Rat der Stadt Übach-Palenberg dem Haupt- und Finanzausschuss übertragen. Die Verwaltung gebe in diesen Fällen keine Empfehlung ab.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, wie der Beschwerdeführer informiert werde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, zu jeder Eingabe eines Bürgers erfolge zunächst eine Eingangsbestätigung und die Information wann die Anregung/die Beschwerde im Haupt- und Finanzausschuss behandelt werde. Nach Erledigung werde der Antragsteller/ der Beschwerdeführer über die Stellungnahme zu den Anregungen/ Beschwerden unterrichtet durch einen Auszug aus dem entsprechenden Protokoll.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, im nächsten Jahr könne man die The-

matik der Gebühren für die Stadtbücherei gerne noch einmal neu besprechen. Aber zunächst sei die CDU-Fraktion der Meinung aufgrund der Haushaltssituation habe man mit den Gebühren die richtige Entscheidung getroffen. Er könne die Beschwerdeführerin verstehen, jedoch müsse man auch sehen, dass nur eine geringe Gebühr erhoben werde. In diesem Jahr sollte man zunächst Erfahrungen mit dieser Gebührenerhebung sammeln.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, man müsse auch sehen, dass bei der Stadtbücherei für das Jahr 2011 ein Defizit in Höhe von ca. 216.000 € geplant sei. Die geplanten Erträge für 2011 betragen ca. 12.250 € (überwiegend Ausleihgebühren zzgl. Kopiergeld). Ohne die Ausleihgebühren wäre das Defizit also nochmal um ca. 12.250 € höher. Er wolle in diesem Zusammenhang noch einmal an die schlechte Haushaltssituation erinnern. Außerdem sei hier tatsächlich nur eine geringe Gebühr angesetzt worden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, vielleicht gehe es auch gar nicht um die grundsätzliche Erhebung einer Gebühr, sondern um die Systematik der Gebühren. Vielleicht sei eine Jahresgebühr nicht die richtige Variante. Er schlage vor, nach einer gewissen Zeit, zum Beispiel nach den Sommerferien, erneut über die Gebührenerhebung zu sprechen und insbesondere darüber, ob die Jahresgebühr die richtige Form der Gebühr sei.

Beschluss:

Nach einer Erprobungsphase wird die Gebührensystematik für die Stadtbücherei neu besprochen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung an den Rat verwiesen.

9. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass er einen Letter of Intent in der Angelegenheit Landstraße 42 neu unterschrieben habe. Dieser werde zur Kenntnisnahme als Anlage der Niederschrift beigelegt. Er erklärte, dass es sich hierbei nicht um etwas Verbindliches handele, deswegen habe er die Angelegenheit auch nicht zur Beschlussfassung vorgelegt.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 17.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.04 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin